



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 27. Ratssitzung vom 14. Dezember 2022

1137. 2022/437

**Weisung vom 14.09.2022:  
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/437 und 2022/438.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

**Florian Utz (SP):** Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hat die Budgetvorlage 2023 des Stadtrats geprüft und konnte aufgrund des Revisionsberichts Nr. 78/2022 der Finanzkontrolle vom 9. November 2022 feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 208,7 Millionen Franken – inklusive Novemberbrief – in der Erfolgsrechnung vor. Dieser Überschuss ergibt sich aus einem Aufwand von 10,383 Milliarden Franken und einem Ertrag von 10,174 Milliarden Franken. Für weitere Erläuterungen zum Budget verweist die RPK auf die einführenden Bemerkungen des Stadtrats zur Vorlage des Budgets 2023 vom 14. September 2022. Es folgen einige Feststellungen und Bemerkungen zum Budget und zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP). Der Stadtrat beantragt mit seiner Budgetvorlage – ohne Novemberbrief – eine Erhöhung des Personalaufwands gegenüber dem Vorjahr um 168,4 Millionen Franken auf gerundet 3,258 Milliarden Franken. Aufgrund der gestiegenen Teuerung wurden die zu erwartenden Mehrkosten mit dem Novemberbrief nach oben korrigiert, wobei sich insbesondere das Konto «Sammelkredit Lohnmassnahmen Teuerung» um 10 Millionen Franken auf 49,1 Millionen Franken erhöht hat. Im Vergleich zum Vorjahr sind im Budget 2023 – hier inklusive den Planstellenschaffungen im Novemberbrief – 421,1 zusätzliche Stellenwerte budgetiert. Der grösste Teil der neuen Stellen soll in folgenden Departementen geschaffen werden: Schul- und Sportdepartement (SSD) knapp plus 271 Stellenwerte, Departement der Industriellen Betriebe (DIB) knapp plus 75 Stellenwerte, Sicherheitsdepartement (SID) etwas mehr als 67 Stellenwerte. Demgegenüber sollen die Stellenwerte im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) um 157,5 Stellenwerte reduziert werden. Zum Sachaufwand und den Investitionen: Für den Sach- und den übrigen Betriebsaufwand sind 2,524 Milliarden Franken budgetiert. Dies entspricht einer Zunahme von 287,7 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Die Vergleichszahlen sind jeweils ohne Novemberbrief. Ursache für die Zunahme sind in erster Linie Mehrkosten von 248,7 Millionen Franken beim Elektrizitätswerk (ewz), die primär durch die höheren



Energiepreise im Rahmen des Energiehandels entstehen. Die Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen erhöhen sich um 67,1 Millionen Franken auf 1,538 Milliarden Franken. Deutlich gestiegen – um 370,4 Millionen Franken – sind die budgetierten Investitionen im Finanzvermögen. Dies ist auf die geplanten höheren Investitionen für den Kauf von Wohnliegenschaften zum Ausbau des Bestands an Wohnungen mit Kostentante zurückzuführen. Beim Steuerertrag rechnet der Stadtrat weiter mit steigenden Einnahmen. Budgetiert sind Fiskalerträge von insgesamt 3,367 Milliarden Franken. Dies entspricht einer Steigerung von 269,2 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Diese Mehreinnahmen verteilen sich relativ gleichmässig auf die Steuern von natürlichen Personen – mit einem Plus von 70 Millionen Franken –, auf die Steuern von juristischen Personen – mit einem Plus von 115 Millionen Franken – und auf die Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer mit einem Plus von 100 Millionen Franken. Demgegenüber entfällt im Jahr 2023 ein im Vorjahr angefallener Mehrwertausgleich in der Höhe von knapp 17 Millionen Franken. Bei den übrigen Steuereinnahmen – wir sprechen insbesondere von der Hundesteuer – sind die Differenzen zum Vorjahr vernachlässigbar. Eine deutliche Steigerung ergibt sich bei den budgetierten Erträgen durch Entgelte. Diese liegen gegenüber dem Vorjahr um 367,7 Millionen Franken höher und betragen 3,553 Milliarden Franken. Hier machen sich vor allem die gestiegenen Energiepreise im Energiehandel des ewz bemerkbar: Das ewz rechnet mit um 324,7 Millionen Franken höheren Erträgen, der grösste Teil davon Benutzungsgebühren. Damit werden die erwähnten Mehrkosten im Energiehandel mehr als kompensiert. Das ist nachvollziehbar, denn das ewz produziert mehr Energie, als es direkt an die Endkunden verkauft. Zu den Bemerkungen des Stadtrats zum FAP für die Jahre 2023 bis 2026: Im Hinblick auf die kommenden Planjahre stellt der Stadtrat fest, dass die Bevölkerung im Jahr 2021 und bisher auch im Jahr 2022 stärker gewachsen ist als noch im Jahr 2020. Weiter führt der Stadtrat aus, dass die Entwicklung von Aufwand und Ertrag nicht linear vom Bevölkerungswachstum abhängt, sondern sich auch mit einer gewissen Verzögerung auswirken könne, beispielsweise aufgrund der Entwicklungen im Schulbereich. In Bezug auf die Unternehmenssteuerreform, die sogenannte Steuervorlage 17, hält der Stadtrat fest, dass sich die Steuererträge der juristischen Personen dadurch um rund 110 Millionen Franken reduzieren. Voraussichtlich noch bis zum Jahr 2024 – unter Annahme eines gleichbleibenden Steuerfusses – erhält die Stadt Zürich eine teilweise Kompensation durch den Kanton in der Höhe von jährlich knapp 14 Millionen Franken. Weiter hält der Stadtrat fest, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2022 von teilweise kräftigen Preissteigerungen und Lieferengpässen geprägt gewesen sei, auch wenn die Inflation in der Schweiz mit 3,4 Prozent weniger stark gestiegen sei als in den USA – Teuerung über 9 Prozent – oder im Euro-Raum mit einer Teuerung von 8,6 Prozent. Gerade auch im Hinblick auf die Inflation und den Krieg von Russland gegen die Ukraine geht der Stadtrat davon aus, dass die künftige Entwicklung von wirtschaftlicher und energiepolitischer Unsicherheit geprägt ist. In finanzieller Hinsicht geht der Stadtrat im FAP bis zum Jahr 2026 von Defiziten in der Höhe von rund 200 Millionen Franken aus, wobei sich die Defizite im Bereich zwischen 169,6 und 238,7 Millionen Franken bewegen dürften. Beeinflusst werde der FAP insbesondere von Themen wie der Umsetzung der Tagesschule bis zum Schuljahr 2030/2031, Netto-Null bis zum



*Jahr 2040 oder der Fachplanung Hitzeminderung und dem Heizungersatz. Einige Bemerkungen und Feststellungen der RPK: Der Stadtrat hat das Budget des Schul- und Sportdepartements gestützt auf die Tagesschulvariante des Stadtrats erstellt. Dies ist grundsätzlich nachvollziehbar, da die Präsentation des Budgets in der RPK bereits kurz nach der Volksabstimmung stattfand und demnach der Stadtratsbeschluss noch vor der Volksabstimmung erfolgte. Bei der Volksabstimmung hat die Bevölkerung die Variante des Stadtrats bekanntlich abgelehnt und die Variante des Gemeinderats angenommen. Die RPK ist etwas irritiert, dass der Stadtrat mit dem Novemberbrief keine Anpassung des Budgets beantragt hat, zumal der Stadtrat die Mehrkosten der Variante des Gemeinderats in den Abstimmungsunterlagen detailliert ausgewiesen hatte, sodass eine Anpassung des Budgets – pro rata temporis – hätte möglich sein müssen. Nun noch zu zwei erfreulichen Feststellungen: Der Stadtrat hat das vom Gemeinderat einstimmig überwiesene Postulat GR Nr. 2014/385 umgesetzt und das Bildungszentrum Blaulicht wird nun in einem eigenen Rechnungskreis geführt. Die RPK begrüsst auch, dass als Reaktion auf die Vorfälle bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) die internen Verrechnungen zwischen den verschiedenen Bereichen Abwasser, Abfall, Stadtreinigung und Fernwärme neu evaluiert wurden und ein klarer Verteilungsschlüssel definiert wurde. Damit bleiben die Dienstleistungen wie Human Resources oder IT zwar wie bisher bei ERZ Abfall gebündelt, die interne Verrechnung erfolgt jedoch transparent. Leider wurde der Verrechnungsschlüssel nur ERZ-intern konsequent zu Ende gedacht, sodass die Arbeit des Departementssekretariats des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) noch immer mit der Pauschale von 2015 verrechnet wird. Es wäre zu begrüßen, wenn sich auch das Departement der Neuberechnung anschliessen würde. Eine weitere Bemerkung betrifft die internen Abläufe. Bei den Unterlagen zum Budget 2023 erhielt die RPK vom Stadtrat wie in den Vorjahren diverse Listen zu den Investitionsprogrammen. Um den Informationsgehalt der Listen zu erhöhen und die Übersichtlichkeit zu verbessern, steht die RPK mit Stadtrat und Verwaltung in einem konstruktiven Dialog, sodass eine Anpassung der Listen nach Möglichkeit auf die Beratung des Budgets 2024 hin erfolgen kann. Zum Schluss eine Bemerkung in Bezug auf die Beantwortung unserer Fragen: Die weit über 600 Rückfragen der RPK wurden von der Verwaltung termingerecht und mehrheitlich vollständig beantwortet. Nützlich sind insbesondere die koordinierten Rückmeldungen der Departemente zu den Anträgen der RPK. Die RPK weiss den grossen Aufwand für die zeitnahe Beantwortung der zahlreichen Fragen sehr zu schätzen. Nicht ganz glücklich ist die RPK, dass im SSD gewisse Fragen nicht oder nur ausweichend beantwortet wurden, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung der Tagesschule. Die RPK weist darauf hin, dass sie für ihre Arbeit auf präzise und aussagekräftige Antworten angewiesen ist und bittet den Stadtrat sicherzustellen, dass die Fragen der RPK künftig in allen Departementen wieder umfassend beantwortet werden. Seit einigen Jahren wird die Beratung des Budgets – die Fragen der RPK und die Antworten der Verwaltung – digital mithilfe des sogenannten RPK-Tools vorgenommen. Seit dem Jahr 2021 werden auch die Anträge zum Budget im RPK-Tool erfasst und die Abstimmung kann digital vorgenommen werden. Damit erhalten die Kommissionsmitglieder eine bessere Übersicht und für das Kommissionssekretariat vermindert sich der administrative Aufwand, auch wenn dieser nach wie vor beträchtlich ist. Zu den Anträ-*



gen der RPK: Der FAP wird von einer Mehrheit der RPK zur Kenntnis genommen, wohingegen ihn eine Minderheit ablehnend zur Kenntnis nimmt. Die Mehrheit der RPK wird auch dem Budget sowie den Produktgruppen-Globalbudgets zustimmen, während auch hier eine Minderheit das Budget ablehnen wird. Dem Antrag des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem wird – bei einer Enthaltung – einstimmig zugestimmt. Ebenso stimmt die RPK der Änderung des Anhangs zur Globalbudgetverordnung einstimmig zu. Demgegenüber gibt es unterschiedliche Anträge zum Steuerfuss. Während die Mehrheit für eine unveränderte Festsetzung auf 119 Prozent plädiert, beantragen zwei Minderheiten eine Änderung des Steuerfusses, in einem Fall auf 116 Prozent und im anderen Fall auf 112 Prozent. Die RPK beantragt im Weiteren einstimmig die Genehmigung des Budgets der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen mit zwei Enthaltungen sowie die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung Alterswohnungen ohne Enthaltungen. Den Kenntnisnahmen der Budgets der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Einfach Wohnen – für bezahlbare und ökologische Wohnungen sowie des Globalbudgets der Asylorganisation Zürich wird mehrheitlich zugestimmt.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1138/2022–1144/2022)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat legt mit dem Budget 2023 erstmals ein Budget von über 10 Milliarden Franken vor. Dieses Budget leistet viel. Es ist vielseitig wie eine Zehnkämpferin, die sowohl weit- als auch hochspringen können muss, und sowohl Sprintvermögen als auch Kraft für Kugel und Speer benötigt. Die Inhalte des Budgets reichen von der «Wintermantelzulage» bis zur Anschaffung von Polizeifahrzeugen, von der Erstdotierung des Wohnraumfonds bis zur Anschaffung von medizinischen Geräten, von der Anstellung von neuen Lehrkräften bis zum Erwerb der Halle 550 und des Baufelds D7 in Oerlikon. Das Budget beinhaltet Beiträge an zahlreiche Kulturinstitutionen wie auch den Kauf von E-Gelenkbussen, Massnahmen zu Netto-Null ebenso wie den Ausbau von Velowegen. Die im Budget festgehaltenen Ausgaben und Investitionen setzen die Ziele der Stadt um, wie sie in der Gemeindeordnung enthalten sind oder als übergeordnete gesetzliche Aufträge bestehen, zum Beispiel die Bildung von Tagesschulen, Stipendien oder ein klares Bekenntnis zum Ziel Netto-Null. Dank kontinuierlicher Investitionen stützt das Budget auch die Arbeitsplätze und die Wirtschaft in der Stadt. Damit leistet das Budget nach wie vor das, was im Stadtrat seit vielen Jahren das Ziel ist: Zürich soll sozial, wirtschaftlich und ökologisch ein attraktiver Standort sein. Wenn ich in meiner Aufzählung etwas vergessen habe, zeigt das nur, wie vielfältig das Aufgabenspektrum ist. Das Budget ist ein klares Bekenntnis zur Zukunft dieser Stadt. Es kostet aber auch. Wir haben ein Budgetdefizit von 209 Millionen Franken inklusive Novemberbrief. Der Stadtrat hält dieses Defizit für tragbar. Tragbar, weil die Unwägbarkeiten des Jahresablaufs und der Projektverläufe erfahrungsgemäss dazu führen, dass ein Defizit in diesem Ausmass doch wesentlich Richtung oder sogar über die Null-Linie verschoben wird. Es ist aber auch tragbar, weil wir es mit dem Eigenkapital der Stadt tragen können.



ten. Darauf haben wir hingearbeitet, falls es doch einmal rote Zahlen geben sollte. Tragbar ist aus unserer Sicht auch der Teuerungsausgleich. Der Stadtrat ist gewillt, diesen vollumfänglich auszugleichen. Damit das städtische Personal diesen Ausgleich erhält, sind dafür 49 Millionen Franken im Budget enthalten. Im Moment beträgt der Ausgleich 2,8 Prozent, abgerechnet wird Ende Februar. Grundsätzlich ist der Ausgleich im Personalrecht vorgesehen. Wir können es uns in diesem Sinne leisten. Es sind vor allem Personen mit geringen Einkommen, die von den aktuellen Teuerungen stark getroffen werden. Aus meiner Sicht sind wir noch lange nicht in einer «Anheizspirale». Man muss mir erklären, weshalb man immer sagt, man dürfe die Teuerung beim Personal nicht ausgleichen, damit werde die Teuerung angeheizt – und gleichzeitig will man beim Gewerbe alle Kosten ausgleichen. Die Stadt muss als Arbeitgeberin attraktiv bleiben. Dieses Ziel erreicht man bestimmt nicht, indem man die Teuerung nicht ausgleicht. Ich habe kürzlich bei einem Treffen mit hochrangigen Bankvertretern das Beispiel einer grösseren Privatfirma gehört, die einen Ausgleich von 4 Prozent vornimmt. Der Stadtrat ist sich bezüglich des Budgets bewusst, dass Unsicherheiten im Raum sind. Der Ukraine-Krieg ist noch nicht ausgestanden, weder für die Bevölkerung vor Ort noch für uns mit den entsprechenden Konsequenzen. Wir wissen auch nicht, wie der Winter in epidemiologischer Hinsicht verlaufen wird. Auch die Inflation könnte Fragen mit sich bringen, falls sie länger dauert. Mittelfristig ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU nicht geklärt und ich bin mir nicht sicher, ob der Bundesrat wirklich eine Lösung erzielen kann. Auch die Korrekturen auf den Finanzmärkten könnten uns wirtschaftspolitisch herausfordern. Der Stadtrat richtet sich in seiner Finanzpolitik seit Jahren auf eine stabile Finanzierung aus. Dies hat sich bewährt, so zum Beispiel im Zusammenhang mit Corona, als wir notleidende Institutionen und Personen unterstützen konnten, ohne selber in eine Schiefelage zu geraten. Die Bestätigung für diese langfristig ausgerichtete Politik haben wir im Oktober 2022 wieder erhalten: S&P Global hat das Rating der Stadt nicht nur mit AA+ bestätigt, sondern den Ausblick von «stabil» auf «positiv» heraufgesetzt. Eine Ratingagentur würde das nicht tun, wenn sie nicht glauben würde, dass die Stadt ein sicherer, solider Schuldner ist. Auch im Klimabereich tätigen wir massive Investitionen. Der Stadtrat möchte das Ziel Netto-Null 2040 mit allen Mitteln erreichen und die klare Vorgabe der Stimmbevölkerung umsetzen. Wir rechnen damit, dass von der öffentlichen Hand und den Privaten in den nächsten Jahren rund 500 Millionen Franken investiert werden müssen. Unsere Massnahmen sind soweit im Budget enthalten, als man sie berechnen kann: Ausbau der thermischen Netze, Ausbau öffentlicher Verkehr, Bäume, Sanierungen von Gebäudehüllen, Heizungersatz, Fahrzeuge und so weiter. Zum Steuerfuss: Wir beantragen nach wie vor, den Steuerfuss bei 119 Prozent zu belassen. Der stabile Steuerfuss hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Stadt in den letzten Jahren positive Abschlüsse erzielen und die Verschuldung kontinuierlich abbauen konnte. Ich bitte die FDP, mir zu erklären, wo genau wir seit dem Jahr 2017 – wie vorhin gesagt wurde – mehr langfristige Schulden haben sollen. Ich halte das nicht für wahr, bis ich die Zahlen gesehen habe. Wir haben die Verschuldung auf 4,8 Milliarden Franken abgebaut. Dies scheint vertretbar zu sein, sonst hätten wir das Rating AA+ nicht erhalten. Der Stadtrat zieht es auch in den nächsten Jahren vor, mit einem stabilen Steuerfuss die Wahrscheinlichkeit für positive Abschlüsse zu erhöhen, und damit Möglichkeiten zu erhalten, die Schuldenlast zu reduzieren. Hohe Schulden, die man in der



*Hochkonjunktur nicht abbaut, sind danach hohe Steuern und Schuldbelastungen in der Rezession. Zudem scheint der gegenwärtige Steuerfuss nicht allzu wirtschaftsfeindlich zu sein. Im Herbst war ich an einem Podium zur OECD-Steuerreform in Zug und musste mir einiges anhören. Am Tag darauf konnte man in den Medien lesen, dass die französische Edel-Kosmetikmarke La Prairie von Dübendorf nach Zürich gezogen sei. In der Stadt bezahlt sie zwar deutlich mehr Steuern, aber der Standort scheint sehr attraktiv zu sein. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung und die Unternehmen durchaus auch in den Genuss von Steuersenkungen kommen, sei es bei der Staatssteuer im Kanton, bei der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) oder auch bei den kürzlich gutgeheissenen Krankenkassenabzügen. Eine Senkung des Steuerfusses würde dazu führen, dass wir die Entschädigung, die wir im Rahmen der STAF-Reform erhalten, verlieren würden. Ich habe es damals so ausgehandelt, damit niemand denkt, man könne Entschädigungen erhalten und auch noch die Steuern senken. Durch die wegfallenden Entschädigungen würden wir weitere 14 Millionen Franken verlieren. Bei der Laufenden Rechnung 2022 erwarten wir gemäss dem jetzigen Wissensstand einen positiven Abschluss.*

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP:

**Florian Utz (SP):** *Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) beantragt, dass der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) des Stadtrats zur Kenntnis genommen wird. Die Minderheit wird beantragen, dass man ihn ablehnend zur Kenntnis nimmt. Der FAP ist ein Planungsinstrument, in dem der Stadtrat die geplanten Einnahmen und Ausgaben darlegt. Bei den Ausgaben besteht jeweils eine relativ erhebliche Unsicherheit, da es schwierig vorauszusehen ist, ob man Ausgaben oder Investitionen in zwei oder erst in drei Jahren tätigen kann. Es liegt in der Natur der Sache, dass es zu zeitlichen Verschiebungen kommt. Die Erfahrung zeigt, dass das Budget jeweils besser abschneidet, als dies im FAP vorausgesagt wird, und dass die Rechnung nochmals besser abschneidet als das Budget. Ich vertrete in meinem Votum eine sehr breite Mehrheit von SP und AL über Grüne, Die Mitte/EVP bis zur GLP. Wir haben innerhalb der Mehrheit teilweise unterschiedliche Ansichten bezüglich des Steuerfusses oder bei Fragen zu Prioritätensetzungen, so etwa, wie prioritär das Thema Wohnen behandelt werden soll. Deshalb gibt es auch diverse Anträge von Parteien innerhalb der Kommissionsmehrheit zum Budget. Es sind sich aber alle Parteien innerhalb der Mehrheit einig, dass der Stadtrat einen brauchbaren FAP vorgelegt hat. Man kann da und dort Schwerpunkte anders setzen. Diesbezüglich sind wir uns in der Mehrheit vielleicht nicht rundum einig. Dennoch sind wir der Meinung, dass der Stadtrat gute Arbeit geleistet hat. Der vorliegende FAP lässt uns gerade auch im Zusammenhang mit dem nächsten Budget gut weiterarbeiten.*

**Johann Widmer (SVP):** *Der Stadtrat schreibt im FAP, dass er einen mittelfristigen Ausgleich von Aufwand und Ertrag anstrebt. Der FAP zeigt aber ein anderes Bild. Der Personalaufwand steigt mit jedem Jahr, während Effizienz und Effektivität der Verwaltung stetig sinken. Der prognostizierte Ertrag stützt sich auf Steuern und andere Erträge. Dies soll gemäss Stadtrat auch in den nächsten Jahren so bleiben. Trotzdem legt der*



Stadtrat jedes Jahr einen Aufwandüberschuss von rund 200 Millionen Franken vor und macht dann bekanntlich trotzdem Gewinn. Auf das Gesamtbudget von 10 Milliarden Franken gesehen beträgt der Aufwandüberschuss nur rund 2 Prozent, da hat der Stadtrat durchaus recht. Auf den ersten Blick scheint das Budget sogenannt «ausgeglichen». Stolz verkündet der Stadtrat deshalb, die Erfahrung aus der Vergangenheit habe gezeigt, dass die Rechnungsergebnisse ohnehin besser ausfallen würden. Unterzieht man den FAP aber einem Stresstest, sieht es wie folgt aus: Nehmen wir an, die Steuereinnahmen brechen in den nächsten Jahren weg, beispielsweise um 10 Prozent. Dies würde rund 337 Millionen Franken entsprechen. Nehmen wir an, die verschiedenen Erträge würden nur um 5 Prozent beziehungsweise 150 Millionen Franken einbrechen. Der Aufwandüberschuss würde sich somit auf rund 700 Millionen Franken belaufen, was 7 Prozent des Gesamtbudgets entsprechen würde. Weil auch die Ausgaben in den nächsten Jahren explodieren werden – vor allem aufgrund links-grüner Anliegen im Klimaschutz, der Sozialindustrie, Schuldzinsen und überteuerter Tagesschulen –, wird die Ausgabenseite um rund eine Milliarde Franken zunehmen und insgesamt 11 Milliarden Franken betragen. Zusammen mit dem Aufwandüberschuss handelt es sich im Vergleich zu heute um Abweichungen von 1,7 Milliarden Franken, was 17 Prozent entsprechen würden. So robust, wie ihn der Stadtrat uns verkaufen will, ist der FAP nicht. Er beinhaltet zudem weitere Richtwerte wie angemessenes Eigenkapital, angemessener Zinsdienst, Verschuldung oder die hohe Eigenmittelfinanzierung der Investitionen. Es fragt sich, wie der Begriff «angemessen» definiert wird. So, wie sich der FAP präsentiert, scheint mir, dass die Stadt diese Angemessenheit nicht im Griff haben wird. Die Steuerpolitik soll sich am Volumen und der Entwicklung der städtischen Aufgaben orientieren. Wenn das Geld nicht reicht, werden Bürger und Industrie gemolken, um alle Vorstellungen und Wünsche zu finanzieren. Diesem Vorgehen ist ein Riegel zu schieben.

Weitere Wortmeldungen:

**Florian Utz (SP):** Wie bereits erwähnt, gibt es innerhalb der Mehrheiten bezüglich der einzelnen Positionen Nuancierungen. An dieser Stelle werde ich die Positionen der sozialdemokratischen Fraktion zum FAP erläutern. Die budgetierten Defizite bewegen sich in den nächsten Jahren in einer Höhe von grob 200 Millionen Franken. Wir hatten im Rat auch schon Defizite in der Grössenordnung von 400 Millionen Franken budgetiert, die am Ende in der Rechnung mit einem Plus abschnitten. Der Effekt der Tagesschulen wurde im FAP noch nicht berücksichtigt, er enthält noch die Zahlen der Variante des Stadtrats. Hier wird es eine finanzielle Verschiebung aufgrund der Mehrkosten geben. Wir werden dank der Tagesschule aber voraussichtlich auch höhere Steuereinnahmen verzeichnen. Die Erfahrungen zeigen, dass Eltern höhere Arbeitspensen annehmen können, wenn gute Tagesschulen vorhanden sind. Diese Steigerung der Steuererträge ist im FAP noch nicht vorgesehen. Insofern glaube ich, dass man insgesamt von einer stabilen finanziellen Situation sprechen kann. Auch für die Bürgerinnen und Bürger gibt es Stabilität. Wir haben stabile Steuerfüsse. Seit über 25 Jahren gab es in Zürich keine Steuererhöhung mehr. Das ist eine Leistung, die für die Finanzpolitik der ruhigen Hand spricht. Gleichzeitig haben wir auch bei den Gebühren Stabilität. Diese sind für viele Haushalte eine potenziell grosse Belastung. Wir haben bei den Steuern ähnlich hohe



*Einnahmen, wie bei den Gebühren. Bei der Abstimmung zur Tagesschule stand eine Gebührenerhöhung um 50 Prozent zur Debatte. Die Bevölkerung hat diese zum Glück abgelehnt. Wir haben somit sehr stabile Verhältnisse bei Steuern und Gebühren, sodass die Bevölkerung von der Stadt ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis erhält. Obwohl wir finanzpolitisch ruhig schlafen können, ist es leider so, dass viele Mieterinnen und Mieter in Zürich nicht ruhig schlafen können. Zum ersten Mal seit dem Jahr 2006 hat das statistische Amt eine sehr verdienstvolle Auswertung der Entwicklung der Mieten gemacht. Bei einer neu vermieteten, gemeinnützigen 3-Zimmer-Wohnung, Neubau, betragen die durchschnittlichen Mieten brutto 1506 Franken. Bei einer gewinnorientierten 3-Zimmer-Wohnung, Neubau, Neuvermietung, betragen die durchschnittlichen Mietkosten 3060 Franken. Die Kosten sind somit bei einer gewinnorientierten Wohnung mehr als doppelt so hoch. Die Mehrbelastung für einen Haushalt beträgt fast 19 000 Franken pro Jahr. Eine Finanzpolitik muss die Auswirkungen auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger im Auge behalten. Eine Finanzpolitik, die alle finanziellen Auswirkungen betrachtet, muss deshalb immer auch die Wohnbaupolitik im Fokus haben. Die SP-Fraktion begrüsst es deshalb sehr, dass der Stadtrat diesbezüglich mit dem aktuellen Budget zwei grosse Schritte vorwärts macht. Ich glaube, wir müssen alle finanziellen Belastungen, die die Bürgerinnen und Bürger tragen müssen, und das Preis-Leistungs-Verhältnis betrachten. Momentan drückt der Schuh bei den Mieten deutlich mehr als bei den Steuern und Gebühren. In diesem Sinn behalten wir die Mietpolitik im Fokus.*

**Përparim Avdili (FDP):** *Für die FDP stehen zwei Argumente oder Bereiche im Zentrum, die dazu führen, dass wir den FAP ablehnen werden. Der Stadtrat hat einleitend in Aussicht gestellt, dass er eine angemessene und ausgewogene Finanzplanung anstreben möchte, aber gleichzeitig sieht man, wie sich die Zahlen entwickeln. Man sieht auf der Aufwandseite, dass wir über ein Rekordbudget diskutieren, das erstmals die 10-Milliarden-Franken-Grenze sprengt. Aus unserer Sicht hat man den Staat unnötig ausgebaut. Das Budget soll weiterhin in diesem Umfang ansteigen. Dies können wir nicht unterstützen, ebenso wenig wie die negative Entwicklung der Nettoverschuldung: Auf Seite 5 des FAP sieht man die Entwicklung der Nettoverschuldung und des Selbstfinanzierungsgrads. Der Stadtrat müsste uns andere Zahlen vorlegen, wenn er behauptet, dass die Verschuldung in der Vergangenheit insgesamt nicht zugenommen habe und auch künftig nicht zunehmen werde. Die Zahlen sagen etwas anderes. Die Nettoverschuldung für das Jahr 2023 ist mit 13 000 Franken pro Kopf budgetiert. Bereits im Jahr 2026 wird sie 19 000 Franken pro Kopf betragen. Das ist besorgniserregend. Wir können diese Entwicklung nicht unterstützen. Bei der genauen Analyse der Zahlen sieht man zudem, dass sich der Aufwand im Verhältnis zur Einwohnerzahl nicht proportional entwickelt, sondern zusätzlich steigt. Wenn eines der Hauptargumente für den gestiegenen Aufwand lauten soll, dass auch die Einwohnerzahl in Zürich steigt, wie dies beispielsweise im Bereich der Schulen tatsächlich eins zu eins der Fall ist – einer Position, die von der FDP mitgetragen würde –, kann im vorliegenden Fall nicht faktisch dargelegt werden, dass das Wachstum des Aufwands gleichmässig verläuft. Gemäss den prognostizierten Zahlen bis ins Jahr 2026 soll der Aufwand massiv ansteigen. Da der Fiskalertrag ebenfalls überproportional zur Einwohnerzahl ansteigt, erlaubt sich der Stadtrat, entspre-*



chend zu budgetieren und stellt die Defizite als stabile Zeiten dar, obwohl die Nettoverschuldung zunimmt. Die Ratingagentur attestiert ihm diese Stabilität zwar teilweise, aber es ist zu erwähnen, dass die Ratingagentur auch darauf hinweist, dass sich die Nettoverschuldung anderweitig entwickeln muss, wenn wir weiterhin eine positive Beurteilung erhalten wollen. Mit den prognostizierten Zahlen wurde uns auf der Nase herumgetanzt. Uns ist klar, dass es sich um Prognosen und nicht um konkrete Zahlen handelt. Nichtsdestotrotz: Wenn man rückblickend nachschaut, welche Zahlen in den Jahren 2020, 2021 oder 2022 prognostiziert wurden, hat der Stadtrat damit gerechnet, dass man bei mehr Einwohnern, als heute tatsächlich hier sind, offenbar mit weniger Budget auskommen würde und die sogenannte 10-Milliarden-Franken-Marke nicht geknackt werden müsste. Nun wird die Marke dennoch überschritten. Wir lehnen das Budget ab und weisen den Stadtrat darauf hin, dass er uns künftig verlässlichere Zahlen präsentieren soll.

**Dr. Florian Blättler (SP):** FDP und GLP freuen sich, dass der Aufwandüberschuss im Budget und im FAP so tief wie selten im vergangenen Jahrzehnt ist. Dies deutet darauf hin, dass die Stadt eher mit einem Ertragsüberschuss abschliessen wird. Gleichzeitig sehen die SVP und teilweise auch die FDP das Ende von Zürich kommen, weil das langfristige Fremdkapital – die Schulden – laut FAP signifikant steigen wird. Die Schulden werden aber genauso wie der Aufwandüberschuss nicht so stark ansteigen, wie im FAP dargelegt. Bei beiden Zahlen handelt es sich um Einzelne von vielen Zahlen, die richtig interpretiert werden müssen und nicht für sich allein betrachtet werden können. Am Beispiel der Energieversorgung würde dies wie folgt aussehen: Mit der aktuellen Krise hat das Thema Versorgungssicherheit bei der elektrischen Energie einen neuen Stellenwert erhalten. Aktuell verbraucht die Stadt jährlich rund 3 Terawattstunden elektrische Energie. Das Elektrizitätswerk (ewz) produziert 5 Terawattstunden. Das ist mehr als genug. 2 Terawattstunden davon stammen aus Atomstrom und werden in rund zehn Jahren wegfallen. Auch die restlichen drei Terawattstunden tragen nicht alle zur Versorgungssicherheit bei. Die ewz-Windkraft befindet sich in Nordeuropa, wo zwar die Windverhältnisse gut sind, aber die Stromtrassen nicht reichen, damit der Strom bis nach Zürich gelangt. In der Schweiz selber wird das ewz gemeinsam mit den Partnerwerken in zehn Jahren noch rund 2,5 Terawattstunden Strom pro Jahr produzieren. Somit werden wir in zehn Jahren eine halbe Terawattstunde weniger haben, als für die heutige Versorgungssicherheit notwendig wäre. Durch das Aufkommen von Elektromobilität und Wärmepumpen wird der gesamte Energieverbrauch in der Stadt zwar sinken, der Stromverbrauch wird jedoch weiterhin um eine halbe Terawattstunde in zehn Jahren ansteigen. Bis in zehn Jahren müsste das ewz somit jährlich rund eine Terawattstunde zusätzlich im Inland produzieren, damit es den Verbrauch in der Stadt ausgleichen kann. Je nach Art, wie dies umgesetzt wird, werden die Investitionskosten bei rund 1 bis 1,5 Milliarden Franken liegen. Dazu kommen Investitionen in das Netz und in die Energiespeicherung, die ebenfalls mehrere hundert Millionen Franken betragen. Es würde den Rahmen sprengen, hier auch noch über die Probleme und Kosten der Re-Konzessionierung im Bereich Wasserkraft zu sprechen. Das Fazit lautet, dass wir in den nächsten zehn Jahren unsere Investitionen für die Energieversorgung signifikant steigern müssen – signifikant mehr, als in den nächsten vier Jahren im FAP vorgesehen ist. Zusätzliche Investitionen – mehr als in den vergangenen Jahrzehnten – bedeuten aber auch, dass man



diese nicht mehr über die Abschreibungen finanzieren kann. Es muss Eigenkapital oder Fremdkapital im entsprechenden Umfang aufgebaut werden. Wenn die FDP am Ende der Budgetdebatte eine Steuersenkung um 3 Prozentpunkte verlangt, weil die Stadt Gewinn machen werde, übersieht sie eines: In Zeiten zusätzlicher Investitionen bedeutet ein geringerer oder ausbleibender Gewinn einen Aufbau von zusätzlichem Fremdkapital. In den nächsten zehn Jahren würde das Fremdkapital durch die Senkung des Steuerfusses um 3 Prozentpunkte um weitere 600 Millionen Franken zunehmen, und dies alles für eine Steuersenkung, deren Wirkung für eine durchschnittliche Familie nicht einmal reicht, um ein einziges Fussballspiel des FCZ zu besuchen.

**Sven Sobernheim (GLP):** Meine beiden Vorredner haben viel mit Zahlen argumentiert und dabei einen Punkt ausgeklammert. Dr. Florian Blättler (SP) hat von Investitionen gesprochen – auch wir befürworten, dass die Stadt in diesem Bereich vorwärts macht –, erwähnte jedoch nicht die 1,5 Milliarden Franken Eigenkapital, die die Stadt durchaus noch investieren könnte. Ein anderer Vorredner verwies auf den FAP des Jahres 2021 und sagte, man habe nur 9,3 Milliarden Franken im Ausgabenplan gehabt und nicht 10,1 Milliarden. Das stimmt. Der Aufwandsüberschuss betrug damals jedoch 200 Millionen Franken und jetzt beläuft er sich auf 208 Millionen Franken. Wenn man kritisiert, dass man sich im FAP vor zwei Jahren verrechnet habe, wird es bei 8 Millionen Franken auf 200 Millionen Franken schwierig zu argumentieren. Die Grössenordnung stimmt. Ich bin deshalb der Ansicht, dass der FAP zur Kenntnis genommen werden sollte.

**Pärparim Avdili (FDP):** Mit dem Spiel, das der Stadtrat beim FAP treibt, sagt er bewusst: Eigentlich würde er mit weniger Aufwand auskommen. Viele der politischen Bestellungen kommen von der linken Gemeinderatsmehrheit, weshalb der Aufwand pro Kopf steigt. Der Stadtrat weiss aber, dass er nicht nur den Aufwand tiefer budgetiert, sondern dass er auch die Einnahmen tiefer budgetiert als den tatsächlich eintreffenden Fiskalertrag. Auch die Grundstückgewinnsteuern sind jeweils ein grosser Punkt. So versteckt der Stadtrat seine Nüsschen, präsentiert uns jedes Mal eine schönere, positivere Rechnung und erzählt uns, dass er trotz des Wachstums und der zusätzlichen Aufgaben immer noch das gleiche Defizit budgetieren oder gar ein positives Rechnungsergebnis präsentieren wird. Ich halte es für störend, dass wir im November und Dezember jeweils keine aktuelle Prognose für die Rechnung des laufenden Jahres erhalten. Wenn der Stadtrat behauptet, er würde ein positives Rechnungsergebnis präsentieren, müsste er uns erst recht erklären, warum Steuersenkungen nicht möglich sind. Zu den zusätzlichen Investitionen, mit denen wir gemäss der Aussage der SP nicht gerechnet hätten: Es geht um Investitionen, die wir nicht mittragen können, so zum Beispiel um Investitionen im Wohnbaumarkt, wo der Gemeinderat Anträge für Liegenschaftskäufe von bis zu 400 Millionen Franken gestellt hat. Es ist etwas eigenartig, wenn die SP die gesamte Fraktionserklärung dem Wohnraum widmet und uns auffordert, dort zu investieren und Steuergelder einzusetzen, und sich die SP gleichzeitig vor wenigen Monaten aktiv dafür einsetzte, dass bezahlbare Wohnungen beim Neugasse-Projekt verhindert wurden.

**Walter Angst (AL):** Ich verstehe nicht, weshalb sich die FDP beklagt. Übergeordnet betrachtet, verfolgt der Stadtrat eine sehr konstante Finanz- und Stadtentwicklungspolitik,



*die ausserordentlich erfolgreich ist. Man investiert in Schulen, in Kinderbetreuung und attraktive öffentliche Räume. Man investiert in einen gewissen Anteil von bezahlbarem Wohnraum, damit Personen, die in Zürich arbeiten, weiterhin hier arbeiten können, und erzielt damit einen derartigen Erfolg, dass die Einnahmen permanent steigen. Es ist erstaunlich, dass die angrenzenden Gemeinden es uns nicht gleichtun. Die FDP könnte viel vom Zürcher Stadtrat und dem Entwicklungsmodell profitieren, das er vor zehn Jahren stabil umsetzte. Die Aussage von STR Daniel Leupi, dass wieder eine Firma von Dübendorf nach Zürich gezogen sei, müsste die GLP in Dübendorf zur Erkenntnis bringen, dass man in gute Aussenräume investieren muss, in gute Kinderbetreuung und gute Schulen, damit die Firmen langfristig bleiben. Die FDP hat sich über etwas beklagt, das sie besser kopieren würde. Dann hätte sie vielleicht mehr Erfolg und die GLP etwas weniger. Wenn man das Geld nach Zürich holt, sollte man es unserer Ansicht nach auf eine Art und Weise einsetzen, die das Leben für alle Leute in Zürich besser und tragbarer macht, und nicht nur für jene, die hierherkommen und gute Steuern bezahlen. Unsere Position ist, dass man dafür sorgt, dass es ein Social Budgeting gibt; dass man einen Ausgleich schafft zwischen hohen Einnahmen und den Kaufkraftverlusten, die untere Einkommen haben; dass man einen Ausgleich schafft, damit auch Leute, die hier arbeiten, hier wohnen können. Deshalb greifen wir den Stadtrat nicht an, weil er im Grundsatz diese Politik betreibt. Wir wären froh, wenn es nicht eine Politik der Kernstadt wäre, sondern eine Politik der Grossagglomeration Zürich. Dadurch würde der Druck auf die Stadt verringert und man müsste weniger Geld in die Wohnbaupolitik investieren.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Natürlich kann sich Dübendorf von der Kinderbetreuung und der Tagesschule in Zürich inspirieren lassen. Deshalb haben wir auch entsprechende Vorstösse im Kantonsrat eingereicht. Zürich könnte sich umgekehrt vielleicht von den Hochhäusern in Dübendorf inspirieren lassen – dies wäre auch in unserem Sinne.*

#### Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent; Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



12 / 12

### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Johann Widmer (SVP), Referent
Enthaltung:	Përparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2023–2026 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Dezember 2022 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat